

Wall Street Journal: Deutsche Öko-Planwirtschaft markiert „dümmste Energiepolitik der Welt“

Von Reinhard Werner 6. Februar 2019 Aktualisiert: 6. Februar 2019 17:18

In einem Kommentar der gesamten Redaktion wirft das Wall Street Journal der deutschen Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die "dümmste Energiepolitik der Welt" zu betreiben. Nach dem überstürzten Atomausstieg beseitige man nun auch den einzig verbliebenen zuverlässigen Energieträger.

The screenshot shows the WSJ Opinion page for the article "World's Dumbest Energy Policy". The article is by the Editorial Board, dated Jan. 29, 2019, 7:17 p.m. ET. The main text reads: "Dumb environmental policies are routine across Europe—see Emmanuel Macron's riot-inducing fuel tax in France—but even by that standard Germany's new plan to abandon coal is notable. Having wasted uncountable billions of euros on renewables and inflicted some of Europe's highest energy prices on German households and businesses, now Berlin is promising to kill the one reliable power source Germany has left." The article is categorized under "OPINION | REVIEW & OUTLOOK". There are social media sharing icons on the left and a "Recommended Videos" section on the right.

<https://www.youtube.com/watch?v=a8iq2XeahT8>

Es kommt nicht oft vor, dass das „Wall Street Journal“ (WSJ) im Namen der gesamten Redaktion einen vernichtenden Kommentar über das Gebaren politischer Entscheidungsträger eines Landes abgibt, das geopolitisch nicht als expliziter Gegner der USA gilt.

Umso bemerkenswerter ist der Kommentar vom 29. Januar 2019 zur Energiepolitik der deutschen Regierung, der in Anbetracht der Empfehlung der sogenannten Kohlekommission, bis 2038 aus dieser Form der Energiegewinnung komplett auszusteigen, von der „dümmsten Energiepolitik der Welt“ spricht.

Zwar sei dumme Umweltpolitik in ganz Europa Routine, heißt es zu Beginn unter Hinweis auf die Treibstoffsteuern des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der damit die Proteste der Gelbwesten ausgelöst hatte. Der sich abzeichnende deutsche Verzicht auf Kohle übertreffe jedoch selbst diesen Maßstab noch problemlos.

Am eigenen Ast sägen

Nachdem die Führung in Berlin bereits bis dato unzählige Milliarden Euro für erneuerbare Energien verschwendet und europäischen Haushalten und Unternehmen mit die höchsten Energiepreise auferlegt habe, stelle Deutschland nun auch das Aus für die einzig zuverlässige Energiequelle in Aussicht, die dem Lande noch verblieben sei.

Derzeit werden 40 Prozent des im eigenen Land produzierten Stroms in Deutschland aus Kohle gewonnen, was, wie das WSJ anmerkt, der höchste Anteil im Norden Europas sei. Wenn sich die Regierung darüber beschwere, dass diese die Umwelt über Gebühr belaste, müsse sie sich die Frage stellen, warum sie dann über mehr als Jahrzehnt falsche politische Entscheidungen getroffen habe.

Dazu gehöre, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel es durch eine einseitige Subventionierung unzuverlässiger Wind- und Sonnenenergie geschafft habe, für die Versorgungsunternehmen die Produktion von Erdgas attraktiv zu halten. Als sie im Jahr 2011 unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima auch noch die „Energiewende“ übers Knie gebrochen und das vorzeitige Aus für deutsche Atomkraftwerke verkündet hatte, sei das Zurückgreifen auf billigere, aber schmutzige Kohle die logische Vorgehensweise gewesen, um „die Versorgungslücken zu füllen, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint“.

Importe aus Polen und Tschechien notwendig

Das WSJ macht unter Verweis auf Kritiker wie Karen Pittel vom Forschungsinstitut ifo in München darauf aufmerksam, dass Deutschland als Folge des Verzichts auf die Eigenproduktion von Kohle künftig eben solche aus Polen und Tschechien importieren werde. Um die Versorger für die vorzeitige Schließung von Kohlekraftwerken zu entschädigen, würden zusätzliche 40 Milliarden Euro zur Subventionierung erneuerbarer Energien aufgewendet werden müssen, wie auch die Regierungskommission selbst schätze.

Dass sich Merkel deren Ansinnen verschließen werde, davon geht das WSJ nicht aus. Das Blatt hat jedoch noch Hoffnungen hinsichtlich der Einsichtsfähigkeit ihres Amtsnachfolgers:

„Ihre Amtszeit als Kanzlerin wird jedoch lange vor dem Kohlestrom enden. Ihr Nachfolger wird Gelegenheit haben, Frau Merkels grüne Torheiten zu benennen, und Deutschlands geplagte Stromkunden sollten hoffen, dass dies der Fall ist.“